



Der aktuelle BaWü-Check macht an vielen Stellen deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger vollkommen anders als 2015 auf die derzeitige Flüchtlingswelle reagieren.

BILD: CARSTEN KOALL/DPA

Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit

Linden-Museum: Wertvolle Kunstobjekte zurückgegeben

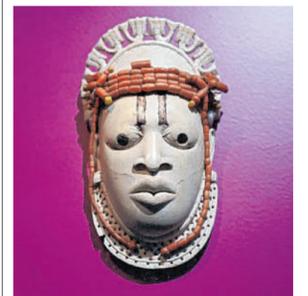
Stuttgart. Nun ist es auch offiziell: Fast genau 125 Jahre nach den Plünderungen im damaligen Königreich Benin gehören Dutzende wertvolle Kunstobjekte aus der Sammlung des Stuttgarter Linden-Museums wieder dem westafrikanischen Nigeria, zu dem die Region Benin heute gehört. Die Eigentumsrechte für die insgesamt 70 Objekte sind am Mittwoch von Baden-Württemberg an Nigeria übertragen worden. Rund ein Drittel der zu übertragenden Objekte bleiben als Leihgabe zunächst für die kommenden zehn Jahre im Stuttgarter Museum. Baden-Württemberg hatte sich bereits im Sommer 2021 zum Verfahren zur Restitution bekannt.

Bronzen vor 125 Jahren geraubt

Die Bronzen, die ab dem 13. Jahrhundert angefertigt wurden, schmückten den Herrscherpalast des Königreichs Benin. Etwa 1100 der kunstvollen Objekte und Bronzen sind in rund 20 deutschen Museen zu finden. Sie stammen größtenteils aus den britischen Plünderungen des Jahres 1897. In diesem Sommer hatten sich die Bundesrepublik und Nigeria auf einen Weg zur Rückführung der geraubten Objekte geeinigt.

Bei der Unterzeichnung der Rückgabevereinbarung übergab Wissenschaftsministerin Petra Olshowski (Grüne) ein erstes Objekt an die Vertreter aus Nigeria, eine Elfenbeinmaske der Königinmutter Idia aus dem 16. Jahrhundert. Die Maske wurde nach Angaben des Ministeriums 1897 von britischen Truppen aus dem Schlafgemach des Königs Ovonramwen geraubt.

Die Unterzeichnung sei laut Olshowski für die Landesregierung ein bedeutender Schritt bei der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Nach eigenen Angaben sind Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart als Träger des Linden-Museums nach der Stiftung Preußischer Kulturbesitz die ersten öffentlichen Eigentümer in Deutschland, die Objekte aus dem Königreich Benin restituieren und Eigentumsrechte übertragen. *Isu*



Diese Maske wurde als erstes Objekt an Nigeria übergeben. BILD: DPA

Klage auf sofortiges Aus

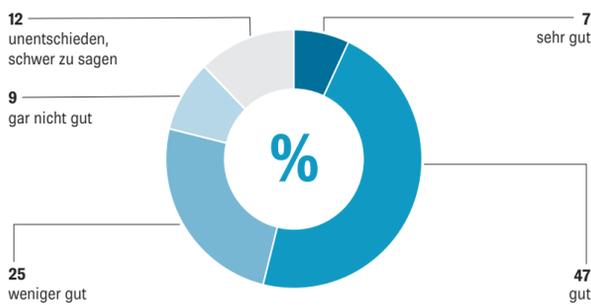
Atom: Stilllegung von Neckarwestheim beim VGH

Mannheim. Vier Monate vor dem endgültigen Aus für das Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 wollen Atomkraftgegner vor Gericht eine sofortige Stilllegung des Blocks erreichen. Vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim lieferten sich Experten des beklagten Umweltministeriums und der Kläger am Mittwoch einen Schlagabtausch um Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke und deren Einhaltung mit Schwerpunkt Neckarwestheim. Vor dem Mannheimer Gericht protestierten einige Aktivisten mit Fahnen gegen den weiteren Betrieb des „Schrottreaktors“. Die Vertreter des beklagten Umweltministeriums sehen keinen Grund für ein vorzeitiges Abschalten. Der VGH hatte bereits im April 2022 einen Eilantrag auf einstweilige Einstellung des Betriebes abgelehnt. *Isu*

Bürger nur begrenzt beunruhigt

Gute Integrationschancen

Wie schätzen Sie ganz allgemein die Chancen ein, die Flüchtlinge aus der Ukraine in die deutsche Gesellschaft zu integrieren? Würden Sie sagen die Chancen sind...



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6164/VI; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Sorgen und Skepsis: ja – Paniknein. So lässt sich laut dem aktuellen BaWü-Check die Stimmungslage der Menschen in Baden-Württemberg zum Ende des Jahres 2022 wohl am ehesten beschreiben. In einer repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat, wird deutlich, dass die Bevölkerung vollkommen anders auf die aktuelle Flüchtlingswelle reagiert als in den Jahren 2015 und 2016.

Wenn man Städten und Gemeinden glaubt, dann sind die Kapazitäten für die Betreuung der Flüchtlinge in den meisten Kommunen schon seit Wochen nahezu ausgeschöpft – und auch bei der Unterbringung gibt es bereits erhebliche Engpässe. Sprechen die Verantwortlichen von einer Ausnahmesituation, so sieht die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor zumindest einen begrenzten Spielraum für weitere Unterbringungen: 13 Prozent sind sogar überzeugt, dass bei ihnen in der näheren Umgebung ohne Weiteres mehr Flüchtlinge aufgenommen werden könnten. Weitere 37 Prozent sehen noch begrenzten Spielraum. Etwas mehr als 25 Prozent haben den Ein-

druck, die Aufnahmekapazität sei erschöpft.

Ein wesentlicher Unterschied zur Flüchtlingswelle 2015/16 ist, dass damals vor allem junge Männer in die EU und dann weiter nach Deutschland gekommen sind. Dieses Mal sind es vor allem Frauen mit Kindern, die die Ukraine verlassen konnten und auch durften. Auf der einen Seite führt das dazu, dass die Flüchtlinge im öffentlichen Raum kaum wahrgenommen werden. An anderer Stelle, in den Schulen des Landes, bereitet diese Tatsache aber erhebliche Probleme. Weit mehr als 20 000 Kinder im schulpflichtigen Alter bereits sind seit Kriegsbeginn nach Baden-Württemberg eingereist – und müssen nun integriert werden.

Das sehen auch die Befragten des BaWü-Checks so. Lediglich sechs Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Schulen die gewaltige Integrationsaufgabe ohne Weiteres bewältigen können. 42 Prozent glauben, dass dies den Schulen nur mit Schwierigkeiten gelingen wird. Sogar nahezu die Hälfte der Befragten – 48 Prozent – spricht von einer völligen Überforderung.

Die Masse der Flüchtlinge sorgt unterdessen dafür, dass immer mehr Gemeinden erneut dazu über-

In der Flüchtlingspolitik wird die Arbeit der Landesregierung kritisch beurteilt. Für die Geflüchteten aus der Ukraine gibt es dagegen viel Verständnis. Eine große Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, in den kommenden Monaten weitere Flüchtlinge aufzunehmen – die Meinungsforscher des BaWü-Checks sprechen von einer „bemerkenswert hohen Bereitschaft“. Allerdings machen sich die Bürger durchaus einige Sorgen, etwa was die Situation an den Schulen im Land betrifft.

Von Kai Holoch

Der BaWü-Check

■ Der BaWü-Check ist eine **Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg**, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

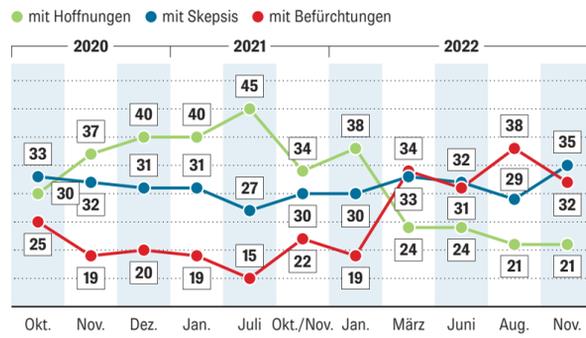
■ In der Zeit vom 16 bis 25. November wurden in Baden-Württemberg **1068 erwachsene Personen online befragt**.

■ Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen **Link zum Fragebogen** gelangen. Dieser umfasste **15 Fragen**. Die Teilnehmer konnten dabei vorgegebene Antworten anklicken.

■ Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die **repräsentative Stichprobe** wurde durch eine nach **Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk** geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. *pö*

Wenig Optimismus

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/VI

gehen, Turnhallen und andere Säle zu Notunterkünften umzubauen. Das wird in der Politik heftig diskutiert, bei vielen Menschen ist das in der ersten Flüchtlingskrise ausgesprochen heikle Thema noch nicht angekommen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung berichten, ihnen wären zu Notunterkünften umgewidmete Turnhallen in ihrem Ort bekannt, weitere 15 Prozent, dass darüber diskutiert werde.

Integrationschancen gut bewertet

Die große Mehrheit spricht sich dafür aus, auch in den nächsten Monaten weitere Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Insgesamt vertreten 73 Prozent der Bevölkerung diese Position, wobei sich jedoch ein Teil für eine Kontingentierung ausspricht: 39 Prozent votieren dafür, nur noch eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zu versorgen, während sich 34 Prozent dafür einsetzen, auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich zu helfen. Lediglich 18 Prozent möchten nur noch sehr wenige oder gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Glaubt man den Umfragewerten, ist jeder Dritte grundsätzlich bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen – wenn es von der Wohnsituation her möglich wäre. 50 Prozent der Befragten geben an, eine solche Lösung käme für

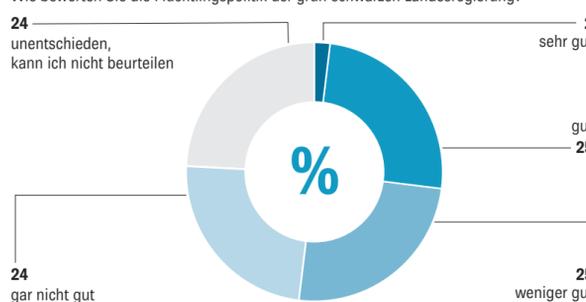
sie nicht infrage. Dennoch sprechen die Meinungsforscher aus Allensbach von einer „bemerkenswert hohen Aufnahmebereitschaft“. Allerdings spielt auch hier der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Eine Aufnahme von Flüchtlingen kommt vor allem bei den Befragten infrage, die davon ausgehen, dass die Flüchtlinge nur kurze Zeit in Deutschland bleiben.

Insgesamt sieht die Mehrheit gute Integrationschancen für Flüchtlinge aus der Ukraine – ein gravierender Unterschied zur Einschätzung in der Flüchtlingswelle 2015. Heute sehen 54 Prozent gute Chancen, dass die Geflüchteten in die Gesellschaft integriert werden können, 34 Prozent sind skeptisch.

Die positive Grundhaltung bedeutet aber nicht, dass es keine Sorgen in der Bevölkerung gibt. 27 Prozent sind überzeugt davon, dass Deutschland zwar im Moment die Lage im Griff hat, aber überfordert sein könnte, wenn die Zahl der Flüchtlinge weiter deutlich steigt. Kritisch gesehen werden auch die staatlichen Rahmenbedingungen: So machen sich 51 Prozent der Befragten Sorgen über den sogenannten Pull-Effekt, dass also aufgrund der Sozialleistungen viele Flüchtlinge angelockt werden. Ebenso kritisieren viele, dass zu wenig kontrolliert werde, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Überwiegend Kritik an der Flüchtlingspolitik des Landes

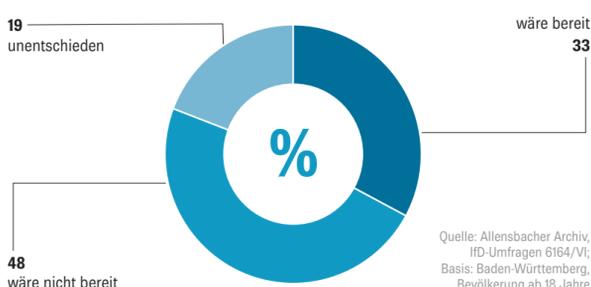
Wie bewerten Sie die Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/VI

Große Bereitschaft

Einmal unabhängig davon, ob das bei Ihnen möglich wäre oder nicht: Wären Sie grundsätzlich dazu bereit, bei sich zuhause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen oder wären Sie dazu nicht bereit?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6164/VI; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre